

Reinhard Bispinck/Heiner Dribbusch/Fikret Öz

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigten

Ergebnisse der Online-Erhebung des Projekts LohnSpiegel

Auf die Wirtschaftskrise reagieren viele Betriebe mit Personalabbau, Kurzarbeit und Abstrichen bei Lohn und Gehalt. Zwischen den Branchen und Beschäftigtengruppen bestehen aber deutliche Unterschiede. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Erhebung des Projekts LohnSpiegel, die vom Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wurde.

1. Anlage und Durchführung der Erhebung

Seit Ende 2004 führt das WSI eine laufende Online-Erhebung zu den Einkommens- und Arbeitsbedingungen von Erwerbstätigen durch. Auf der Internetseite www.lohnspiegel.de steht ein Online-Fragebogen zur Verfügung, den alle interessierten BesucherInnen Website ausfüllen können. Seit August vergangenen Jahres werden im Rahmen dieser Online-Umfrage einige Fragen zu den Folgen der aktuellen Wirtschaftskrise für die Beschäftigten und ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen gestellt. Sie beziehen sich auf die wirtschaftliche Situation des Betriebes, die Entwicklung der Beschäftigung, die ergriffenen personalpolitischen Maßnahmen sowie die Entwicklung der Einkommen und die Veränderung der Arbeitsbedingungen. Die vorliegende Auswertung basiert auf rund 10.000 Datensätzen von abhängig Beschäftigten, die im Zeitraum von August bis Dezember 2009 erhoben wurden. Aufgrund der Anlage als selbst gesteuerter Online-Erhebung ist keine Repräsentativität gegeben. Die bisherigen Erfahrungen mit dem LohnSpiegel-Datensatz zeigen aber, dass dennoch eine hohe Aussagekraft gegeben ist (Bispinck/Dribbusch/Öz 2010). Mit dieser Beschäftigtenbefragung bietet das WSI eine aufschlussreiche Ergänzung zu seiner Betriebsrätebefragung, in deren Rahmen ebenfalls im vergangenen Jahr eine Sonderhebung zu Fragen der Beschäftigungssicherung in der Krise durchgeführt wurde (Bogedan/Brehmer/Herzog-Stein 2009).

2. Reichweite der Krise

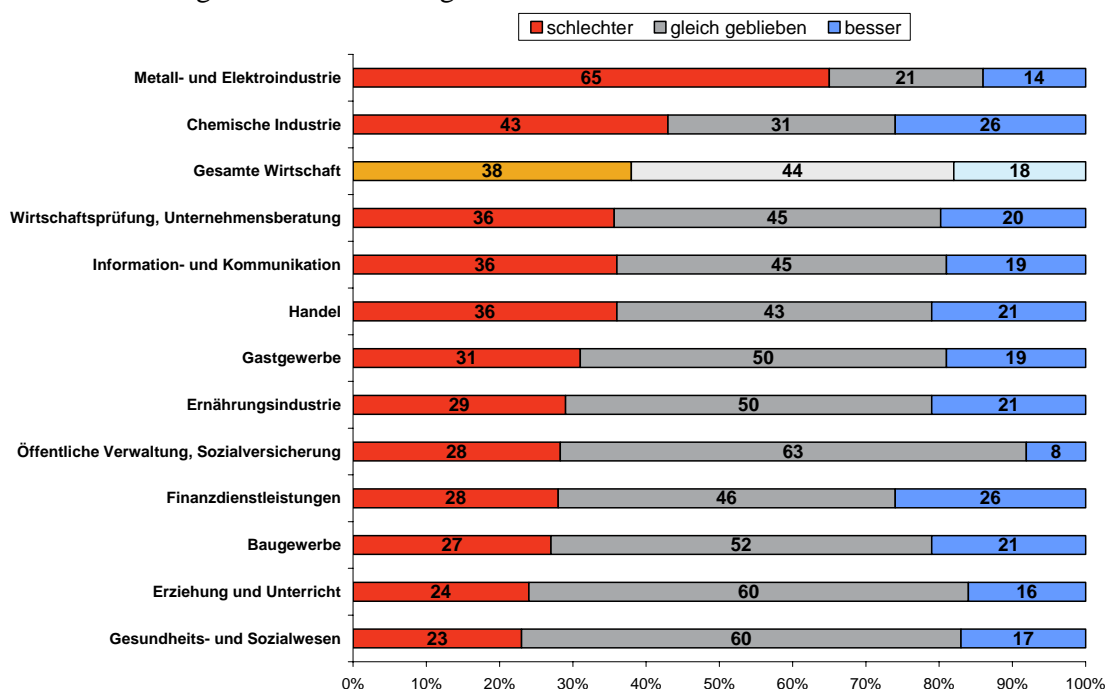
Zunächst interessiert die Reichweite der Wirtschaftskrise. Zu diesem Zweck wurde gefragt, wie sich aus Sicht der Beschäftigten die wirtschaftliche Situation des Betriebes zum Befragungszeitpunkt im Vergleich zu Anfang des Jahres 2009 entwickelt hat.

Im Schnitt geben 38 % aller Befragten an, dass es ihrem Betriebe zum Befragungszeitpunkt schlechter ging als Anfang 2009. 44 % registrieren keine Veränderung, während immerhin ein knappes Fünftel (18 %) sogar eine bessere wirtschaftliche Situation berichtet. Die Betriebe, die sich nach Angabe der Beschäftigten in einer schlechteren wirtschaftlichen Situation als Anfang 2009 befanden, bezeichnen wir im Folgenden als „Krisenbetriebe“. Zu berücksichtigen ist, dass auch Betriebe bei denen gegenüber Jahresbeginn 2009 die ökonomische Situation unverändert blieb, krisenbetroffen sein können, wenn die ökonomische Verschlechterung bereits vor 2009 eingetreten ist.

Wie zu erwarten zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Branchen: Am stärksten von der Krise betroffen ist die Metallindustrie. Hier schätzten 65 % der Beschäftigten die Lage ihres Betriebes schlechter ein (im Bereich Maschinenbau sogar 68 %). Ebenfalls stark betroffen war auch die chemische Industrie, wo es 43 % der Betriebe schlechter ging. Dort überwiegt allerdings der Anteil derer, die die Lage für gleich oder besser als zu Jahresbeginn einschätzen.

Interessant sind die Finanzdienstleistungen: Hier wird lediglich bei einem guten Viertel der Betriebe (28 %) eine Verschlechterung der ökonomischen Lage konstatiert, ungefähr die Hälfte befinden sich in einer unveränderten Situation, während das restliche Viertel (26 %) bereits wieder eine bessere wirtschaftliche Lage verzeichnet. Vergleichbar günstig schätzen die auch Beschäftigten im Baugewerbe die Lage ihrer Betriebe ein. Hier sind möglicherweise positive Effekte der Konjunkturprogramme zu bemerken.

Grafik 1: Wirtschaftliche Lage der Betriebe im Vergleich zu Anfang 2009
 - Angaben der Beschäftigten in % -



Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

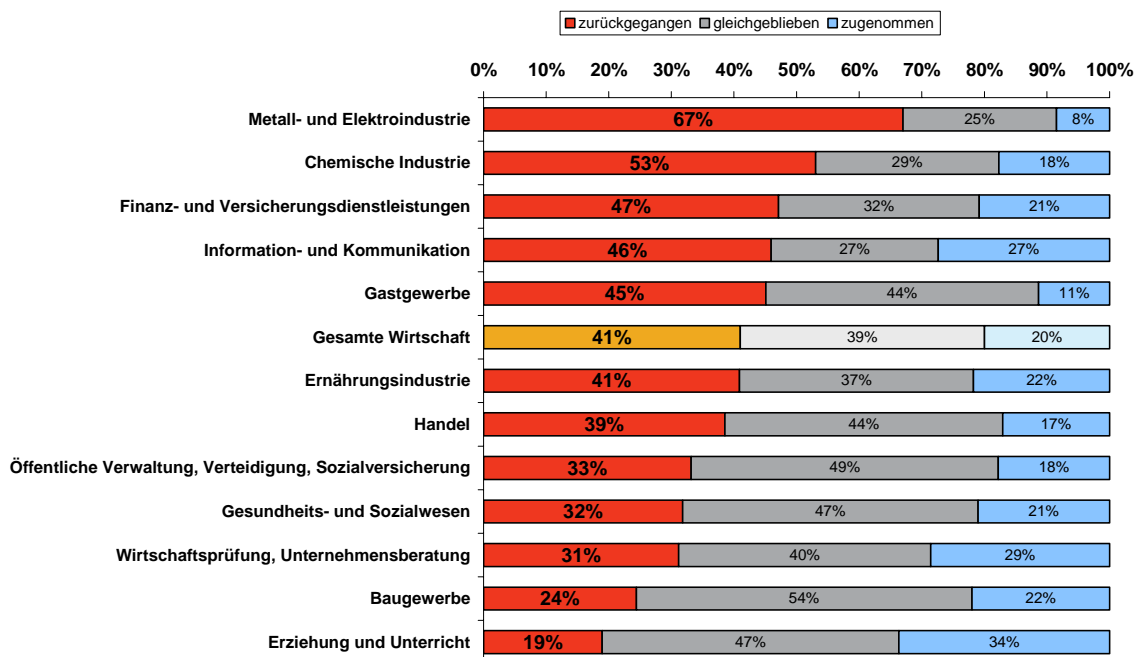
3. Beschäftigungsentwicklung allgemein

Die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe spiegelt sich in der Entwicklung der Beschäftigung wider. Bezogen auf die Gesamtwirtschaft gaben 41 % aller Befragten an, dass in ihrem Betrieb die Beschäftigung zurückgegangen sei. Fast genauso viele (39 %) berichteten eine unveränderte Beschäftigung und ein Fünftel gab an, die Beschäftigung habe zugenommen.

Auch bei der betrieblichen Beschäftigungsentwicklung sind die Branchendifferenzen ausgeprägt. Vom Personalabbau besonders betroffen war (und ist) die Metall- und Elektroindustrie, wo für 67 % der Betriebe von Rückgängen berichtet wird, ein Viertel der Betriebe hat die Beschäftigung gehalten, lediglich 8 % konnten die Belegschaft erweitern. Stark betroffen war auch die chemische Industrie mit 53 % der Betriebe mit Personalarückgang. Der Finanzdienstleistungsbereich, der nach Meinung der Beschäftigten lediglich zu einem unterdurchschnittlichen Anteil eine schlechtere wirtschaftliche Situation als zu Jahresbeginn aufwies, baute überdurchschnittlich oft (47 %) Beschäftigung ab. Ähnlich verhält es sich im Gastgewerbe (45 % mit Personalarückgang). Am unteren Ende der Skala befindet sich der Bereich Erziehung und Unterricht. Hier geben vier von fünf Beschäftigten an, die Beschäftigung sei gleich geblieben oder habe zugenommen.

Grafik 2: Beschäftigungsentwicklung im Vergleich zu Anfang 2009

- Angaben der Beschäftigten in % -



Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

4. Personalabbaumaßnahmen

Insgesamt hat die übergroße Mehrheit der Betriebe nach Angaben der Beschäftigten in der Krise zu Maßnahmen des Personalabbaus gegriffen. Lediglich in 28 % der Betriebe wurden keinerlei Personalmaßnahmen durchgeführt. Im Katalog der personalpolitischen Instrumente wurden weiche Maßnahmen, die die Stammbeschäftigten schonen, bevorzugt. An der Spitze steht die Nichtwiederbesetzung frei werdender Stellen: 40 % aller Betriebe haben davon Gebrauch gemacht. Mit jeweils deutlichem Abstand folgte das Auslaufen befristeter Beschäftigung (32 %) und die Entlassung von Leiharbeitskräften (22 %). An vierter Stelle steht die Kurzarbeit, die immerhin in 19 % aller Betriebe praktiziert wurde. Aus immerhin 18 % der Betriebe werden aber auch Entlassungen des Stammpersonals berichtet. Weitere Personalabbaumaßnahmen sind die Nichtübernahme von Auszubildenden sowie Abfindungsangebote bei freiwilliger Kündigung (Tabelle 1).

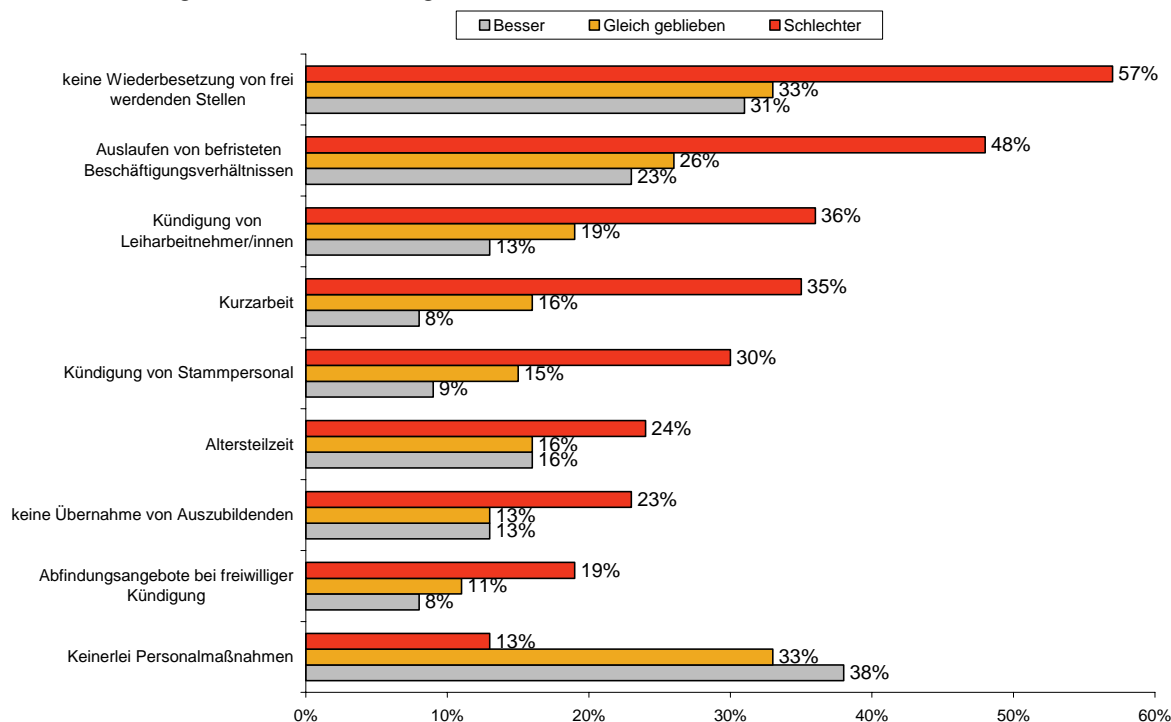
Verschärfte Situation in den Krisenbetrieben

Legt man nur die Krisenbetriebe zugrunde, das heißt diejenigen, denen es nach Angaben der Beschäftigten zum Befragungszeitraum schlechter ging als Anfang 2009, dann sind hier Personalabbau und Einkommenseinbußen deutlich stärker als in den übrigen Betrieben (Tabelle 1). Im Durchschnitt aller krisenbetroffenen Betriebe war das meistgenutzte Instrument die Nichtwiederbesetzung frei werdender Stellen (57 %), gefolgt vom Auslaufen befristeter Arbeitsverträge (48 %) und der Kündigung von Leiharbeiter/innen (36 %). In 35 % der Betriebe wurde Kurzarbeit eingesetzt und in 30 % wurden auch Stammbeschäftigte gekündigt. In

den Betrieben, denen es nach Angaben der Beschäftigten gleich gut oder gar besser geht, werden all diese Instrumente deutlich weniger genutzt. Am größten sind die Unterschiede bei der Kurzarbeit und bei der Kündigung von Stammpersonal.

Grafik 3: Personalmaßnahmen der Betriebe nach ihrer wirtschaftlicher Situation im Vergleich zu Anfang 2009

Angaben der Beschäftigten in % -



Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

Branchenunterschiede

In der **Metallindustrie** haben die krisenbetroffenen Betriebe nach Angaben der Beschäftigten mit 73 % besonders stark auf Kurzarbeit gesetzt (Tabelle 1). Fast ebenso häufig (71 %) wurden Leiharbeiter/innen gekündigt und sehr oft (63 %) wurden auch befristete Beschäftigte nicht weiter beschäftigt. Auch das Stammpersonal blieb nicht verschont: In gut einem Drittel der Betriebe (34 %) gab es Kündigungen für diese Beschäftigengruppe.

Auch in der **chemischen Industrie** haben die krisenbetroffenen Betriebe nach Angaben der Beschäftigten mit 54 % überdurchschnittlich stark auf Kurzarbeit gesetzt. Aus 33 % dieser Betriebe wurde über Kündigungen des Stammpersonals berichtet. Außerdem wurde in über der Hälfte der Fälle (56 %) sind Leiharbeiter/innen gekündigt. Überdurchschnittlich genutzt wurde auch die Nichtwiederbesetzung frei werdender Stellen (64 %) sowie das Auslaufen befristeter Stellen (59 %).

Im **Finanzdienstleistungsbereich** haben die krisenbetroffenen Betriebe nach Angaben der Beschäftigten überdurchschnittlich stark auf Nichtbesetzung frei werdender Stellen gesetzt: Drei Viertel haben von diesem Instrument Gebrauch ge-

macht. Überdurchschnittlich genutzt wurde das Auslaufen befristeter Stellen (56 %), Abfindungsangebote bei freiwilliger Kündigung (48 %) und Altersteilzeit (41 %). Vorrangig betrafen die Personalabbaumaßnahmen in dieser Branche jedoch nicht die Stammbeschäftigten. Wenig eingesetzt wurde offenkundig die Kurzarbeit.

Tabelle 1: Personalmaßnahmen in der Krise
- Angaben der Beschäftigten in % -

Personalmaßnahmen	Krisenbetriebe*				Alle Betriebe
	Metall	Chemie	Finanzdienstleistungen	Gesamt	Gesamt
Keine Wiederbesetzung freier Stellen	62	59	75	57	40
Auslaufen befristeter Arbeitsverträge	63	64	56	48	32
Kündigung von Leiharbeiter/inne	71	56	32	36	22
Kurzarbeit	73	54	6	35	19
Kündigung von Stammpersonal	34	33	18	30	18
Altersteilzeit	37	44	41	24	17
keine Übernahme von Ausgebildeten	23	43	34	23	16
Abfindungsangebote bei freiwilliger Kündigung	26	30	48	19	13
Keinerlei Personalmaßnahmen	5	7	10	13	28

* Betriebe, denen es zum Befragungszeitpunkt schlechter ging als Anfang 2009
Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

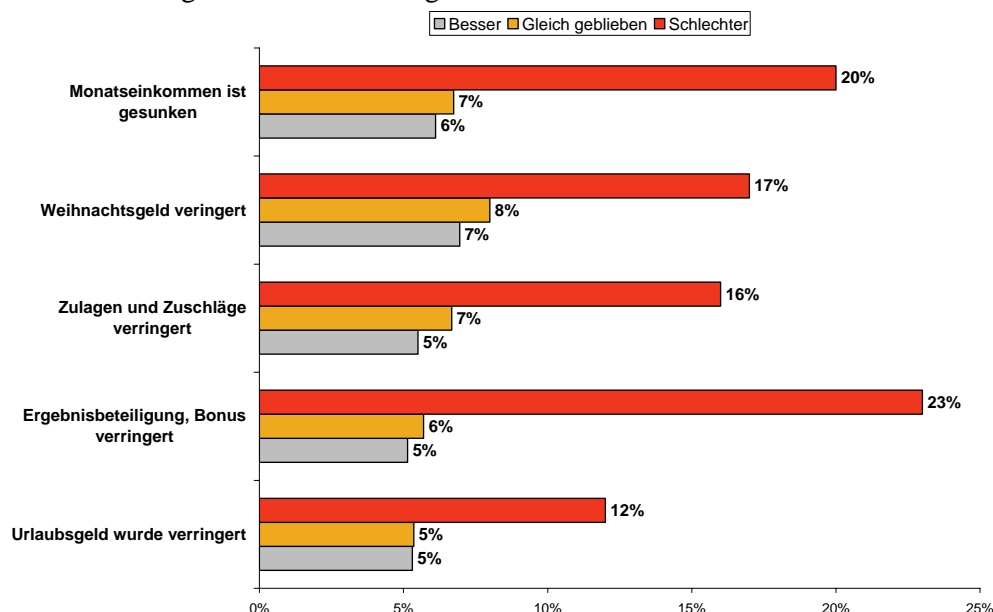
5. Auswirkungen auf Einkommen

Die Krise wirkte sich - wie zu erwarten - negativ auf die Entwicklung der Einkommen aus: Bezogen auf alle Betriebe geben 11 % der Beschäftigten an, dass ihr Monatseinkommen gesunken sei. Bei 14 % sind Sonderzahlungen wie Ergebnisbeteiligung oder Boni zurückgegangen. Ein reduziertes Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld beklagen 11 % bzw. 8 %, Zulagen und Zuschläge wurden bei 9 % reduziert

In Krisenbetrieben sind die Folgen deutlicher zu spüren: Jeder fünfte Beschäftigte gibt hier an, dass das Monatseinkommen gesunken sei (Grafik 4). Dies dürfte vielfach eine Folge der Kurzarbeit sein. Auch Sonderzahlungen (Ergebnisbeteiligung, Bonus) fielen geringer aus, sagen 23 % der Beschäftigten (Tabelle 2). Das Weihnachtsgeld wurde bei 17 % reduziert. Zulagen und Zuschläge verringerten sich bei 16 % und weniger Urlaubsgeld erhielten 12 %.

Grafik 4: Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Einkommen nach wirtschaftlicher Lage der Betriebe

Angaben der Beschäftigten in %



Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

In der besonders krisenbetroffenen **Metallindustrie** sind Einschnitte erwartungsgemäß häufiger (Tabelle 2): Knapp ein Drittel (32 %) der Beschäftigten dieser Branche beklagt ein gesunkenes Monatseinkommen. Sonderzahlungen fallen bei 29 % der Beschäftigten geringer aus. Weihnachtsgeld haben sich bei knapp einem Viertel (23 %) der Beschäftigten verringert, gefolgt von Zulagen und Zuschlägen (24 %) und dem Urlaubsgeld (17 %).

In der **chemischen Industrie** sind Einschnitte ebenfalls häufig: Knapp die Hälfte (44 %) der Beschäftigten dieser Branche gibt an, dass Ergebnisbeteiligungen und Bonuszahlungen geringer ausfallen, 22 % beklagen ein geringeres Weihnachtsgeld. Weniger betroffen sind die Chemiebeschäftigten von Kürzungen des Monatseinkommens (19 %) sowie der Zulagen und Zuschläge (14 %) und des Urlaubsgeldes (22 %).

Im **Finanzdienstleistungsbereich** gaben über die Hälfte (52 %) der Beschäftigten an, dass Sonderzahlungen (Ergebnisbeteiligung, Bonuszahlung) geringer ausfallen. Weniger betroffen sind die Beschäftigten in dieser Branche von Kürzungen des Monatseinkommens (6 %), der Zulagen und Zuschläge (7 %) bzw. von einem geringeren Weihnachts- und Urlaubsgeld (jeweils 5 %).

Tabelle 2: Auswirkungen der Krise auf die Einkommen

- Angaben der Beschäftigten in % -

Auswirkungen	Krisenbetriebe				Alle Betriebe
	Metall	Chemie	Finanzdienstleistungen	Gesamt	Gesamt
Ergebnisbeteiligung, Bonuszahlung ist geringer	29	44	52	23	14
Monatseinkommen gesunken	32	19	6	20	11
Weihnachtsgeld ist geringer	23	22	5	17	11
Zulagen und Zuschläge haben sich verringert	24	14	7	16	9
Urlaubsgeld ist geringer	17	22	5	12	8

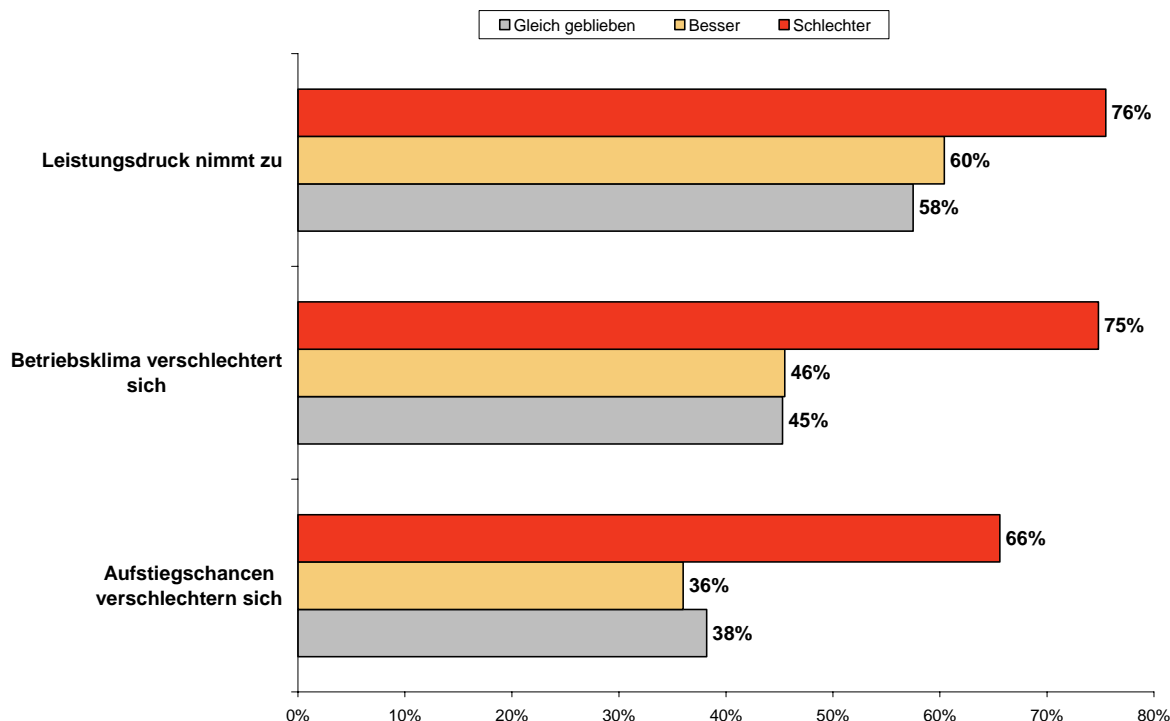
* Betriebe, denen es zum Befragungszeitpunkt schlechter ging als Anfang 2009

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

6. Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Auch die **Arbeitsbedingungen** haben sich in der Krise verschlechtert (Tabelle 3). Gut drei Viertel (76 %) der Befragten in Krisenbetrieben geben an, dass der Leistungsdruck zugenommen hat, 75 % beklagen ein verschlechtertes Betriebsklima und 66 % sagen, dass sich die Aufstiegschancen verschlechtert hätten. Im Durchschnitt aller Betriebe liegen die Werte erkennbar niedriger, aber immer noch auf hohem Niveau.

Grafik 5: Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen nach wirtschaftlicher Lage der Betriebe - Angaben der Beschäftigten in %



Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

Tabelle 3: Arbeitsbedingungen in der Krise*

- Angaben der Beschäftigten in % -

Auswirkungen	Krisenbetriebe*				Alle Betriebe
	Metall	Chemie	Finanzdienstleistungen	Gesamt	Gesamt
Leistungsdruck nimmt zu	72	70	78	76	65
Betriebsklima verschlechtert sich	72	79	74	75	57
Aufstiegschancen verschlechtern sich	59	60	68	66	48

* Betriebe, denen es zum Befragungszeitpunkt schlechter ging als Anfang 2009

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

7. Frauen und Männer

Frägt man nach Unterschieden in der Krisenbetroffenheit zwischen den Geschlechtern ergibt sich kein einheitliches Bild. Zunächst geben Männer wie Frauen zu 38 % an, dass sich die wirtschaftliche Lage ihrer Betriebe gegenüber Jahresanfang 2009 verschlechtert hat. Der Belegschaftsabbau wird von den Männern mit 43 % häufiger genannt als von den Frauen mit 38 %. Damit ist allerdings über Ausmaß und Betroffenheit des Personalarückgangs noch nichts ausgesagt. Auf die Frage, ob Frauen vom Beschäftigungsabbau besonders betroffen sind, gehen die Einschätzungen weit auseinander: Fast 40 % der Frauen stimmen dieser Aussage zu, aber nur 14 % der Männer.

Bei den negativen Auswirkungen auf die Einkommen kommen die Frauen etwas günstiger weg als die Männer. Insbesondere Kürzungen der Monatseinkommen sowie von Sonderzahlungen (Ergebnisbeteiligungen, Boni) kommen bei ihnen weniger häufig vor als bei Männern.

Anders sieht es bei den Arbeitsbedingungen aus: In allen drei abgefragten Dimensionen (Leistungsdruck, Betriebsklima, Aufstiegsmöglichkeiten) geben die Frauen deutlich öfter Verschlechterungen zu Protokoll als die Männer.

Tabelle 4: Krisenauswirkungen nach Geschlechtern

- Angaben der Beschäftigten in % -

	Männer	Frauen
Wirtschaftliche Situation		
Betrieb in schlechterer Lage	38	38
Abbau der Belegschaft	43	38
Frauen besonders betroffen	14	39
Einkommen		
Ergebnisbeteiligung, Bonuszahlung ist geringer	17	9
Monatseinkommen gesunken	13	7
Weihnachtsgeld ist geringer	11	10
Zulagen und Zuschläge haben sich verringert	11	6
Urlaubsgeld ist geringer	8	7
Arbeitsbedingungen		
Leistungsdruck nimmt zu	63	68
Betriebsklima verschlechtert sich	55	60
Aufstiegschancen verschlechtern sich	46	51

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

Differenziert man die Einkommensauswirkungen nach Branchen, ergibt sich folgendes Bild: In der Metallindustrie geben die Frauen bei den einzelnen Entgeltbestandteilen durchweg weniger oft Kürzungen an als die Männer. In der chemischen Industrie sind die Frauen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, aber auch bei den Monateinkommen (etwas) öfter betroffen. Ähnlich, wenn auch auf niedrigerem Niveau, sieht es bei den Finanzdienstleistungen aus. Im Handel sind die Männer etwas von Abstrichen beim Geld öfter betroffen, im Gastgewerbe dagegen die Frauen.

Tabelle 5: Kürzungen bei Einkommensbestandteilen nach Branche und Geschlecht - Angaben der Beschäftigten in %

	Metall		Chemie		Finanzdienstleistungen		Handel		Gastgewerbe	
	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
Monateinkommen gesunken	27	12	13	15	3	4	11	8	3	7
Zulagen und Zuschläge verringert	19	7	10	6	6	7	13	6	7	8
Urlaubsgeld geringer	15	8	5	16	2	7	8	8	2	7
Weihnachtsgeld geringer	21	14	12	15	1	7	11	11	4	10
Ergebnisbeteiligung, Bonuszahlung geringer	21	13	36	29	39	37	11	5	5	4

M = Männer F = Frauen

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

8. Künftige Perspektiven

Die Beschäftigten gehen insgesamt nicht von einer flächendeckenden Besserung der wirtschaftlichen Lage des Betriebes aus. Unsere Befragung zeigt jedoch, dass bei der Beschäftigtenentwicklung Befürchtungen und positive Erwartungen sich in etwa die Waage halten: In den kommenden 12 Monate (nach dem Befragungszeitpunkt) erwartet ein gutes Drittel (37 %) der Beschäftigten einen weiteren Beschäftigungsabbau, aber immerhin 40 % rechnen auch mit Neueinstellungen. Umstrukturierung und Umorganisation im Unternehmen erwarten sechs von zehn Beschäftigten. Ein Insolvenzrisiko sehen lediglich 8 %.

Tabelle 6: Womit rechnen Sie in den kommenden 12 Monaten in Ihrem Betrieb?

Angaben der Beschäftigten in %

Ankündigung von Personalabbau	37
Umstrukturierung/Umorganisation	60
Ich befürchte den Konkurs des Unternehmens	8
Ich erwarte Neueinstellungen	40

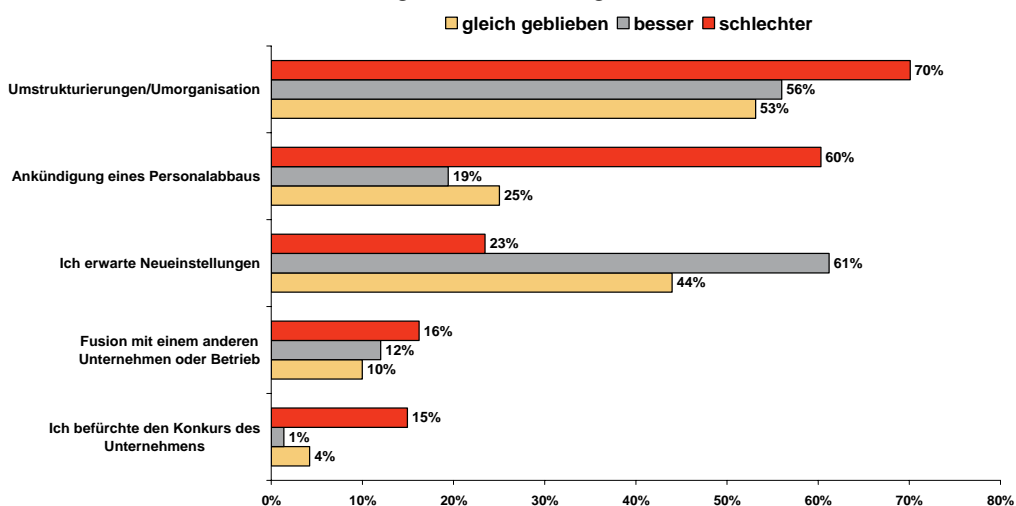
Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

Das Bild differenziert sich stark, wenn man die unterschiedliche wirtschaftliche Lage der Betriebe berücksichtigt. Insbesondere in den Krisenbetrieben ist die Sorge vor weiterem Personalabbau stark verbreitet (60 %). Allerdings rechnet auch

hier ein Viertel (23 %) im Verlauf der kommenden 12 Monate mit Neueinstellungen. Stärker ausgeprägt ist auch die Sorge vor Insolvenz (15 %) und die Erwartung der Fusion mit einem anderen Betrieb/Unternehmen (16 %).

Betriebe, denen es zum Befragungszeitpunkt besser ging als Anfang 2009, werden von den Beschäftigten auch deutlich bessere Entwicklungsperspektiven eingeräumt. Zwar rechnet auch hier knapp ein Fünftel (19%) noch mit Beschäftigungsabbau, aber eine deutliche Mehrheit (61 %) geht von Neueinstellungen aus. Furcht vor Konkurs besteht praktisch nicht (1 %), aber der Erwartung von Fusion (12 %) und Umstrukturierungen (56 %) liegt nicht sehr viel niedriger als in den Krisenbetrieben.

Grafik 6: Womit rechnen Sie in den kommenden 12 Monaten in Ihrem Betrieb? Angaben der Beschäftigten in % differenziert nach wirtschaftlicher Lage des Betriebs im Vergleich zu Anfang 2009



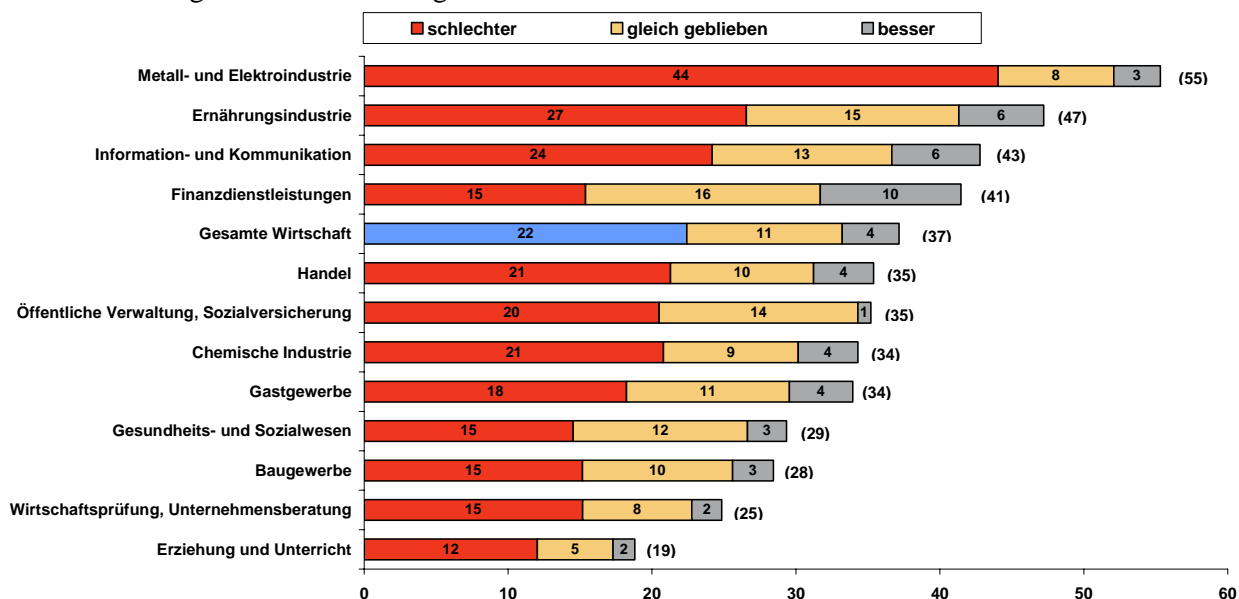
Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum August – Dezember 2009

Grafik 7 zeigt die Branchenunterschiede bei dem erwarteten Beschäftigungsabbau. So rechnen beispielsweise 55 % der Beschäftigten aus der Metall- und Elektroindustrie in den kommenden 12 Monaten mit Beschäftigungsabbau. Im Bereich der Finanzdienstleistungen sind es 41 %, in der chemischen Industrie demgegenüber nur ein Drittel (34 %) der Beschäftigten. Im gesamtwirtschaftlichen Schnitt sind es 37 %.

Die Grafik zeigt auch die unterschiedliche wirtschaftliche Lage der Betriebe mit erwartetem weiteren Beschäftigungsabbau. In der Metallindustrie sind es überwiegend Krisenbetriebe, denen es schlechter geht als Anfang 2009. In anderen Branchen werden nach Einschätzung der Beschäftigten stärker auch solche Betriebe Personal abbauen, die zum Befragungszeitpunkt eine unveränderte oder sogar bessere wirtschaftliche Situation aufweisen als noch zu Beginn des Jahres 2009

Grafik 7: Erwarteter Beschäftigungsabbau in den kommenden 12 Monaten nach wirtschaftlicher Lage der Betriebe

Angaben der Beschäftigten in %



Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum August – Dezember 2009

Fazit

Im Rahmen des Projekts LohnSpiegel haben von August bis Dezember rund 10.000 Beschäftigte eine Reihe von Fragen zu den Folgen der Wirtschaftskrise für die Einkommens- und Arbeitsbedingungen beantwortet. Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild:

- **Wirtschaftliche Lage:** Mehr als ein Drittel (38 %) der Befragten konstatiert für ihren Betrieb zum Befragungszeitpunkt eine schlechtere Lage als zu Beginn des Jahres 2009. Den schlechtesten Wert nennen die Beschäftigten der Metallindustrie mit 65 %, gegenüber lediglich 28 % bei den Finanzdienstleistungen.
- **Beschäftigungsentwicklung:** Sie korrespondiert mit der wirtschaftlichen Lage. 41 % geben an, dass in ihrem Betrieb die Beschäftigung zurückgegangen ist. Besonders betroffen sind die Metall- (67 %) und die chemische Industrie (53 %).
- **Personalabbaumaßnahmen:** Die Betriebe greifen vorrangig zu „weichen“ Maßnahmen wie die Nichtwiederbesetzung von freien Stellen, das Auslaufen befristeter Arbeitsverhältnisse und die Entlassung von Leiharbeitskräften. 19 % nutzen die Kurzarbeit (19 %) und immerhin 18 % kündigen auch Stammbeschäftigten. Krisenbetroffene Betriebe greifen erwartungsgemäß besonders häufig zu diesen Maßnahmen.
- **Branchen:** In der Metallindustrie wurde in den Krisenbetrieben die Kurzarbeit stärker genutzt als in allen anderen Branchen (73 %), dicht gefolgt von der Entlassung von Leiharbeitskräften.

- **Einkommen:** Besonders häufig werden Sonderzahlungen wie Ergebnisbeteiligung und Boni gekürzt (14 %). 11 % der Beschäftigten geben an, dass ihr Monatseinkommen gekürzt wurde, hinzu kommen Abstriche bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie bei Zulagen und Zuschläge. Starke Unterschiede gibt es auch hier zwischen Krisenbetrieben und den übrigen Betrieben.
- **Arbeitsbedingungen:** Sie haben sich in der Krise durchweg verschlechtert. Vor allem der Leistungsdruck hat zugenommen (65 %) und das Betriebsklima hat sich verschlechtert (57 %). In Krisenbetrieben haben sich zudem die Aufstiegschancen deutlich verringert (66 %).
- **Gender:** In der Krisenbetroffenheit gibt es keine eindeutigen Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Belegschaftsabbau wird von Männern häufiger genannt als von Frauen, negative Einkommensauswirkungen treten bei den Frauen etwas weniger häufig vor als bei den Männern. Bei den Arbeitsbedingungen geben die Frauen deutlich häufiger Verschlechterungen an.
- **Perspektiven:** Hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung sind die Erwartungen der Beschäftigten gespalten. Mehrheitlich rechnen sie mit Umstrukturierungen und Umorganisationen. In Krisenbetrieben gehen 60 % von weiterem Personalabbau aus und immerhin 15 % der Befragten befürchten einen Konkurs.

Literatur:

Bispinck, R./Dribbusch, H./Öz, F. (2010): Das Projekt LohnSpiegel: Tatsächlich gezahlte Löhne und Gehälter, in: WSI-Mitteilungen Heft 1.

Bogedan, C./Brehmer, W./Herzog-Stein, A. (2009): Betriebliche Beschäftigungssicherung in der Krise - Eine Kurzauswertung der WSI-Betriebsrätebefragung 2009

Herausgeber: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-205, Telefax 0211 7778-190

Redaktionsleitung: **Prof. Dr. Heide Pfarr**
Pressekontakt: **Reiner Jung, 0211 7778-150**

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.
